

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Baumeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Dachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Schmelzöfenbetrieben und Glasbetrieben, in Zuger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Holzerer, Stiefelsetzer, Ofensetzer, Steinbohr- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugsschein 1,- RM, (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Ablasses Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6, Fernspr.: B 7 0800/01 7650, 7651, 6240, Postfach, Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Postfach, Geschäftsanzeigen nach Carlsh. Werbeb., Berlin 65231.

Es geht um Recht und Freiheit!

Die neue Reichsregierung ist nun drei Wochen an der Arbeit. Geleistet hat sie außer einer schneidigen Kriegserklärung an das eigene werktätige Volk nichts. Obgleich im Reich Aufgaben in Hülle und Fülle vorhanden sind, hat sie zuerst einen bemerkenswerten Versuch gemacht, sich in die Regierungsgeschäfte des größten deutschen Landes einzumengen. Die republikanische Faszion Preußen soll beseitigt werden, damit die Feudalregierung Papen-Schleicher freie Bahn hat! Auch dies geschieht — wie manches andere auch — auf Befehl Adolf Hitlers. Er will die Papen-Regierung nur leben lassen, wenn das SL-Verbot aufgehoben, der Reichstag aufgelöst und ihm Preußen ausgeliefert wird. Die Parole des Oberösterreichers Siller im Preußen-Wahlkampf lautete bekanntlich: „Preußen muß wieder preußisch werden!“ Mit Hilfe von Papens wird nun versucht, diese Parole des nicht-preußischen Schlawiners zu verwirklichen. Seiner ersten Forderung, Aufhebung des SL-Verbots, dürfte bei Erreichen dieser Nummer ebenfalls bereits entsprochen sein. Die Inbesitznahme Preußens ist noch nicht geglückt, die diplomatischen Fähigkeiten des Herrn von Papen — bisher nur erprobt als Militärattaché, aber selbst von seiner eigenen Partei nicht als ausreichend für einen „Inplein preußischen Gesandtenposten in München anerkannt — vermochte es noch nicht zu erreichen, das preußische Zentrum für einen Nazi-Ministerpräsidenten müde zu machen.

Inzwischen ist es Herrn von Papen gelungen, für den Posten des Arbeitsministers einen Mann zu bekommen. Es ist der bisherige Präsident des Reichsversicherungsamtes, Schäffer. Die „Domäne der Gewerkschaftssekretäre“ ist damit zum ersten Male einem Manne ausgeliefert worden, der schon im Lager des Unternehmers stand. Minister Schäffer bringt für sein neues Amt aus seiner Tätigkeit als Präsident des Reichsversicherungsamtes einige, wenn auch nicht genügende sozialpolitische Kenntnisse mit. Vorher war er von 1909 bis 1916 Regierungs- und Ministerialrat im württembergischen Innenministerium. Er gab seine Beamtenlaufbahn auf, um Finanzdirektor bei Krupp in Essen zu werden. 1924 schwenkte er wieder in die Beamtenlaufbahn ein und wurde Präsident des Reichsversicherungsamtes.

Den neuen Kurs, der nun in der Sozialpolitik gefeuert werden wird, zeigt eine Äußerung des Kanzlers von Papen, die er unlängst in einer Rede bei einem landwirtschaftlichen Verein in Westfalen vom Stapel ließ: „Es gibt keine Koalitionsmöglichkeiten mehr, es gibt nur noch rechts oder links, Individualismus oder Kollektivismus. Und so fordern wir Abkehr vom Kollektivismus, Aufhebung der Tarifverträge, ein neues Verfügungs- und Knappheitswesen, gestellt in das individuelle Benehmen des Unternehmers.“ Auf dies Ziel wird nun der sozialpolitische Kurs der Papenheimer gerichtet sein. Der Entwurf der vom Reichspräsidenten abgelesenen Notverordnung enthielt bekanntlich auch sozialpolitische Maßnahmen. Verstärkte Siedlungsfähigkeit und Arbeitszeitverkürzung waren unter anderen die Vorschläge der Brüning-Regierung. Die Siedlungsverordnung wird die neue Regierung bestimmt nicht in der Form erlassen, wie von Brüning beabsichtigt war. Die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung wird zurückgestellt. Dagegen wird der „freiwillige“ Arbeitsdienst „ausgebaut“ werden. Die dazu gehörenden Ideen werden die National-, Sozialisten“ bereitwilligst aber nicht kostenlos — Ware gegen Geld sagte ja Nazi-Gochbels — liefern, zumal sie ja Anhänger der Arbeitsdienstpflicht sind. Die Leistungsverkürzung in der Sozialversicherung wird eine der ersten Segnungen der „nationalen Konzentrationsregierung“

sein. Sie wird auch nicht davor zurückschrecken, direkt in die Etats der Sozialversicherung einzugreifen.

Da im Papen-Kabinett ausnahmslos verschiedene Gegner des Tarif- und Schlichtungsgedankens sitzen, wird amlich auch in der Tariffrage eine sozialpolitische Wendung vorgenommen werden. Es ist anzunehmen, daß die Regierung nicht davor zurückschrecken wird, arbeitsrechtliche Grundzüge über Bord zu werfen.

Die ersten gegenständlichen Auswirkungen des sozialpolitischen Kurzes für die Arbeiterschaft kündigen sich an. Schon hat sich das Reichskabinett entschlossen, am Sozialetat nicht nur rechnungsmäßige Ersparnisse, sondern auch grundsätzliche Veränderungen vorzubereiten. Früh krümmt sich, was ein Hakenkreuz werden will!

Alle Gewerkschaften haben sich scharf gegen den Rückwärtskurs der neuen Regierung ausgesprochen. Die Wichtigkeit der Reichstagswahlen, ihre wesentlich sozialpolitische und gewerkschaftliche Bedeutung liegt damit vor aller Augen klar. Es ist ein Befehl der Not und der Abwehr, daß sich die Gewerkschaften und ihre Mitglieder mit allen ihren Kräften und Mitteln in den Wahlkampf einliefern und nicht unterlassen, was geeignet ist, die Reaktion zurückzuweisen.

Auch die Parteien rufen bereits. Allen voran die Sozialdemokratie. Sie ist nun der Bürde verantwortungsvoller Mitarbeit ledig, die sie seit 1918, manchmal als Regierungspartei, immer aber als Arbeiterpartei, die sich für den Bestand der Republik und für

das Wohl der Arbeiterschaft verantwortlich fühlt, getragen hat. Besonders die letzten zwei Jahre Tolerierungspolitik waren für die Partei eine sehr schwere Last. Sie hat sie getragen in der Ueberzeugung, daß nichts, aber auch nichts unterlassen, kein Versuch gescheut werden dürfe, das deutsche Volk vor dem Faschismus zu bewahren. Wenn das mit rein parlamentarisch-politischen Mitteln nicht erreicht werden kann, so ist das nicht die Schuld der Partei. Nun aber ist auch die Bürde der Tolerierung abgeworfen. Damit ist den Demagogen von rechts und links, den Nazis und Kozis, die Möglichkeit genommen worden, die aufopfernde, bis an die Grenzen der Selbstaufgabe gehende politische Tätigkeit der Sozialdemokratie, in demagogischer Weise für ihre parteigegensätzlichen Zwecke auszunutzen. Damit ist es nun also zu Ende! Jetzt wird das Volk sehen können, wie die von Hitler tolerierte Regierung für die Interessen des Kapitalismus arbeitet. Wohlfahrtsstaat für Junker und Schwerindustrie ist das Ziel! Die Ritter vom Hakenkreuz und seine Hospitanten, Grafen, säbelraffende Generale und Wirtschaftsführer“ sind angetreten, um unter Führung der wieder auferstehenden SL einen Kreuzzug gegen das Volk der Arbeit zu unternehmen.

Volk der Arbeit! Aufgewacht!

In den Abwehrkämpfen, deren gegenwärtigste die Reichstagswahlen sind, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in vorderster Linie zu finden sein. Unter den Fahnen der Republik und des Sozialismus werden sie kämpfen

Gegen Reaktion und Faschismus, gegen Hitler und Hakenkreuz!

Konferenz des Bundesvorstandes und Bundesbeirats.

Am 7. Juni tagten in Berlin Vorstand und Beirat unseres Bundes. Der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhardt, gab einleitend in großen Zügen einen Überblick über die Lohnbewegung, über die bereits im „Grundstein“ eingehend und laufend berichtet worden ist, so daß sich an dieser Stelle eine Wiederholung erübrigt. — Seit dem 1. April ist die Mitgliederzahl unseres Bundes stabil. Nach der letzten Arbeitslosenstatistik beträgt sie 300 300. Im ersten Vierteljahr belief sich der Abgang auf insgesamt 20 000 Mitglieder, von denen aber schon ein Teil im Winter abgewandert ist. Die Beschäftigungslage im Baugewerbe ist nach wie vor schlecht. Der baugewerbliche Produktionswert dürfte in diesem Jahre nur wenig mehr als Zweidrittel des Anfanges des vorigen Jahres betragen; etwa 1,25 bis 1,5 Milliarden Mark. Eine Besserung ist unter der jetzigen Regierung kaum zu erwarten. Auch hinsichtlich der außenpolitischen Fragen kann von einer nationalistischen Regierung, wie es die Papen-Regierung ist, nichts erwartet werden. Ihre Regierungserklärung, die einer innenpolitischen Kriegserklärung gleichkommt, richtet sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften und ihre Bestrebungen. Die Papen-Regierung wird die Sozialbestrebungen „antieren“, indem sie ihre Leistungen noch weiter abbaut. Nach Art der Vorkriegsregierungen wendet sich die neue Reichsregierung gegen den „gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf“. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden sich die Regierungserklärung besonders zur Notiz nehmen müssen, und für den Wahlkampf die richtigen Schlussfolgerungen aus ihr ziehen.

Wir waren befreit, die

Lohnbewegung im Baugewerbe nach einseitigen Gesichtspunkten durchzuführen. Nur so war ein bestmögliches Ergebnis für unsere Kollegen zu erreichen. Wenn kein besseres Ergebnis möglich war, so ist das auf andere Kräfte und Hindernisse — besonders solche wirtschaftlicher Art zurückzuführen —, auf die wir nur in geringem Maße einwirken konnten. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage mußte im Gegensatz zu besseren Jahren das Reichsarbeitsministerium in die Schlichtung eingeschaltet werden. Nachdem nun in fast allen Lohngebieten Vereinbarungen oder verbindlich erklärte Schlichtungsergebnisse erreicht worden sind, ist das Hauptaugenmerk auf die Erreichung der Allgemeinverbindlichkeit zu richten. Wir brauchen feste Löhne, damit auch die Außenleiter bei den Unternehmern an die Tariflöhne gebunden sind. Die Widerstände gegen die Allgemeinverbindlichkeit sind stark; sie kommen besonders — wie die

Widerstände gegen Tariflöhne überhaupt — aus dem Schwerindustriellen Westen. Mehrmals stand bei den Verhandlungen um die Schlichtungssprüche alles auf des Meißers Schneide; mehrmals bestand Gefahr, daß alles Tarifvertragswerk zerfallen würde; doch gelang es uns, die Gefahren zu überwinden. Wenn wir nicht die Allgemeinverbindlichkeit erreichen, wird es zu Arbeitskämpfen gegen die Außenleiter kommen. Der Bund wird hierfür die nötigen Maßnahmen treffen. In einigen Orten fanden unsere Kollegen im Kampf um die Anerkennung der Tariflöhne, weil Unternehmer nicht den Schlichtungsspruch anerkennen wollten. Der Bund hat mit seinen ganzen idealen, organisatorischen und finanziellen Mitteln hinter den Streikenden gestanden. Nicht unbeträchtliche Summen sind an Streikunterstützung ausgezahlt worden. — Auch für Sondergruppen unseres Bundes werden Verhandlungen um Tarifverträge geführt; so für städtegewerbliche Arbeiter, für die Dachdecker, für die Holzerer, für welche Gruppen jeweils ein Reichsartefvertrag abgeschlossen werden soll.

Kollege Schiele ergänzte diese Ausführungen durch Feststellungen über die „kompromittierte Tätigkeit“ der RWD. Diese proht nach außen mit hohen Ziffern über ausgeübte Streikunterstützungen. Eine genaue Nachprüfung ergab jedoch in allen Fällen, daß es sich um reine Schwindelreklame handelt. Selbst in den sehr spärlichen Fällen, wo man „unter Führung der RWD“ kämpfte, bestand die Unterstützung in nichts weiter als in Betteluppen und einigen Nachzahlungsmitteln. Nirgends hat die RWD eine Streikunterstützung geleistet, die Anspruch auf solche Bezeichnung erheben kann. Nirgends hat die RWD einen Erfolg erzielt; wie überhaupt ihr Einfluß bei der Bewegung und bei den Bauarbeitern im großen und ganzen gleich Null ist. — In der Aussprache wurden die Feststellungen über die RWD von Beiratsmitgliedern durch Erfahrungen in ihren Bezirken, also aus näherer Kenntnis bekräftigt, und Schlussfolgerungen aus örtlichen Kämpfen gezogen.

Angesichts der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage ist die

Sinnlage des Bundes

verständlicherweise sehr angepannt, sie ist aber gesund. Jedoch sind, da die Krise einwillen unübersehbar ist, einige Einschränkungen im Unterhaltungs- und besonders im Verwaltungsapparat unseres Bundes notwendig. Im Hinblick auf kommende Kämpfe ist es notwendig, auch im finanziellen Gebaren unseres Bundes seinen Charakter als den einer Kampforganisation weitläufig in den Vordergrund zu

schoben. In dieser Hinsicht wurden vom Beirat entsprechende Beschlüsse gefasst und dem Bundesvorstand bestimmte Vollmachten erteilt. — Infolge des Lohnabbaus ergab sich auch die Notwendigkeit, die Beitragskassa der Bundeskassierung nach unten zu ergänzen.

Nach Erledigung anderer interner Fragen des Bundes sprach zunächst Kollege Bernhardt zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes

und stellte fest, daß die Bauarbeiter in dieser Frage fast allein stehen. Alle übrigen Gewerkschaften, Verbände und Körperchaften, auch solche, die uns nahestehen, vertreten in dieser Frage eine andere Auffassung. Sie glauben, sich in diese Bewegung einschalten zu müssen, da sie sonst völlig ins rechtsradikale, nationalistische Fahrwasser gerate. Andere Gruppen führen „ethische“ Gründe für den freiwilligen Arbeitsdienst an. Nun soll versucht werden, Grenzen abzustecken, welche Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden können, ohne den freien Arbeitsmarkt und den auf freie Arbeitsverhältnisse angelegenen Arbeitern zu schädigen. Wir werden nach wie vor unsere bisherige grundsätzliche Auffassung in dieser Frage vertreten. — In der Ansprache zu diesem Punkt wurde darauf verwiesen, daß sich nach den Ergebnissen von Landesarbeitsamts-Vorlesungen oftmals nicht die nötige Zahl „freiwilliger“ freiwillig zu den Arbeitslagern melde. Manchmal ist dies allerdings umgekehrt; es komme ganz auf die Arbeit an. Was man jedoch heute im freiwilligen Arbeitsdienst herstellen lassen möchte, sind oftmals regelrechte Hoch- und Tiefbauarbeiten. Da besitzt beispielsweise die katholische Kirchengemeinde in Königsberg einen Guppen. Dieser soll zum Gemeindehaus umgebaut werden, unter anderem ein Saal, sowie Wohnung für Gemeindefürer enthaltend. Diese Arbeit möchte die Kirchengemeinde im freiwilligen Arbeitsdienst ausführen lassen. Sie ist befreit, dementsprechende Anerkennungsbeschlüsse durch die ihr nahebedingten Vertreter beim Landesarbeitsamt durchzuführen. Auch anderswo weichen die Begriffe über zulässige Arbeiten stark von wirklicher Zulässigkeit ab; stets zum Schaden der auf Verdienst angelegenen Bauarbeiter. — In guter Zeit ist noch eine Verordnung des Ministers Stagemal erschienen, wonach Arbeitsdienstwilligen unter 25 Jahren während des Arbeitsdienstes eine Unterfertigung bis zu 2 1/2 Wochen gestattet werden könne. Die Unterfertigung soll auch über die bisher zulässige Förderungsdauer hinaus bis zur Beendigung der Arbeiten, jedoch in der Regel nicht über 40 Wochen hinaus, gewährt werden. Diese neue Verordnung kann für uns Bauarbeiter nur ein Grund mehr sein, an unserer grundsätzlichen Gegnerisch zum freiwilligen Arbeitsdienst festzuhalten. Wenn Sportvereine, Naturfreunde oder ähnliche Organisationen von ihren Mitgliedern an ihrem vereinzelten Bestiz Arbeiten ausführen lassen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Wir wenden uns aber gegen die Ausnutzung von Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst, die gewerblichen oder wirtschaftlichen Zwecken dienen. In unserer Zeit wird so viel von Wirtschaftlichkeit geredet. Demgegenüber muß immer wieder auf die Unwirtschaftlichkeit des Arbeitsdienstes hingewiesen werden. Im übrigen steht fest, daß die große Mehrheit der Arbeiter sich unsere Auffassung der Ablehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes teilte. Wer eine entgegengesetzte Auffassung vertritt — auch wenn es vom Reichsbanner oder einer gewerkschaftlichen Spigenorganisation geschieht — ist auf dem Holzwege. Der Bundesbeirat erneuerte seinen Beschluß vom 21. März d. J., der die grundsätzliche Ablehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes auspricht.

Von den Maßnahmen und Schriften, die der Bund zur Arbeitsbeschaffung

unternommen hat, berichtete Kollege Bernhardt. Auch hierüber ist im „Grundstein“ eingehend berichtet worden; es erübrigt sich also eine nochmalige Wiederholung. Jedoch sei festgestellt, daß dem Bundesvorstand von den Baugewerkschaften nicht immer gutes Material zugegangen ist. Besonders müssen sich die Baugewerkschaften mehr der Wildbeschaffung widmen. Wildmaterial reparaturbedürftigen Häusern und Säuwerten können unsere Bestrebungen zur Arbeitsbeschaffung sehr wirkungsvoll unterstützen. — Bei unserer besonderen Arbeitslosenenzählung darf diesmal keine einzige Baugewerkschaft fehlen! Auch dies Material wird für unsere Arbeit bei der Vertretung der Interessen unserer Mitglieder dringlichst gebraucht. Ebenso muß die diesjährige Juli-Statistik peinlich genau durchgeführt werden; denn auch sie zeigt auf, wo und wie stark es im Baugewerbe hapert. — Unsere

Umfrage bei den früheren Schülern

unserer Kurse und der Werkzeugschule zeigte ein sehr erfreuliches Ergebnis. Ueber 400 ehemalige Schüler sind heute in Baugewerkschaftsvorständen tätig; weitere Hunderte in den verschiedenen Körperchaften unseres Bundes, in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung und in anderen sozialen Einrichtungen, wie beispielsweise Krankenkassen, Versicherungsämtern und dergl. Unsere Schulungsarbeit hat sich also sehr gut ausgewirkt. Sobald es dem Bundes finanziell möglich ist, wird sie wieder aufgenommen werden.

unser Pressekampagne

berichtete Kollege Thoma. Von der neugeschaffenen Pressestelle unseres Bundes, die für Arbeitsbeschaffung tätig, werden nunmehr weit über 300 Zeitungen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse, die sich über das ganze Reich gleichmäßig verteilen, regelmäßig und systematisch bearbeitet. Festsitzungen werden konnte, daß bisher 83 Zeitungen mit einer Gesamtlieserung von rund fünf Millionen unsere Aufsätze abgedruckt haben. Wenn nur die Hälfte der Leser — also 2 1/2 Millionen — unsere Auffassung kennenlernen, dann können man schon sagen, dies sei ein nicht zu unterschätzender, wenn auch nicht zu überschätzender Erfolg. Derselbe materielle Erfolg sind allerdings nicht sichtbar geworden. Die Bearbeitung der Presse durch uns ist vielmehr eine moralische Angelegenheit. Es ist zunächst wertvoll, wenn unsere Gedanken über Arbeitsbeschaffung und andere Wirtschafts- und Sozialfragen einem möglichst großen Kreis der Öffentlichkeit bekannt werden. Wir haben unsere Informationen auch den größeren Stadtverordneten-Fraktionien zugelandet. Sie werden gern genommen. Es sind auch schon praktische Erfolge erzielt worden. Beispielsweise ist auf Antrag einer SPD-Fraktion in einer großen deutschen Stadt, in einem Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden, auf Bestimmungen hinzuwirken, die den Althausbesitzern die Pflicht

aufzulegen, die Mietanteile für Reparaturen der Häuser in voller Höhe hierfür zu verwenden. Die Baugewerkschaften müssen die ihr zugängliche Presse mehr als bisher heben und möglichst alle Auslegungen, die die Bauwirtschaft betreffen, dem Bundesvorstand einreichen. Wenn es Zeitungsabschnitte sind, dann stets mit Angabe des Titels der Zeitung, der betreffenden Nummer und des Erscheinungstages des Aufsatzes. Unseren Aufsatzsammlungsbüchlein werden wir fortsetzen. — Zur Frage der

Organisierung und Befreiung der Arbeitslosen

unserer Verufe, die nun die Möglichkeit haben sollen, auch als Arbeitslose Mitglied unseres Bundes zu werden, sprach dann Kollege Bernhardt. Die große Zahl von Arbeitslosen unserer Verufe, ferner die, die bei Stadtrandbesiedlungen, bei Meliorationen und ähnlichen Arbeiten, im freiwilligen Arbeitsdienst oder als Pflicht- und Wohlfahrtsarbeiter mit baugewerblichen Arbeiten beschäftigt werden, unserm Bunde zuzuführen, ist eine dringliche Notwendigkeit. Wir wollen die Arbeitslosen eingliedern in unsere Reihen, sie an unserm Verammlungsleben beteiligen und sie für unsere Arbeit zu interessieren. Wegen eines ihrem Einkommen angepaßten Beitrag wollen wir sie beraten, ihnen mit der Rechtsauskunft zur Seite stehen, ihnen unsere Literatur zur Verfügung stellen und ihnen den „Grundstein“ liefern. — In der Ansprache wurden die Schwierigkeiten dieser besonderen Organisationsarbeit aufgezeigt, jedoch die Notwendigkeit der Erfassung der unorganisierten Arbeitslosen und der sonst in unseren Berufsständen beschäftigten „Erwerbslosen“ unterstrichen. Einmütig beschloß der Beirat Arbeitslosen und solchen, die bei Pflichtarbeit, im freiwilligen Arbeitsdienst oder sonst irgendwo nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis tätigen, die Möglichkeit zum Erwerb einer Interims-Bundesmitgliedschaft zu geben, die später beim Eintreten in ein reguläres Arbeitsverhältnis in eine ordentliche Bundesmitgliedschaft umgewandelt wird. Das Nähere wird den Baugewerkschafts-Vorständen durch unser Merkblatt bekanntgegeben.

Die Tagesordnung der Konferenz war damit aufgearbeitet. Der Vorhinein schloß die Tagung mit der Aufforderung, im Wahlkampf, bei dem es im wesentlichen um soziale und wirtschaftliche Probleme geht, ferner auch um die Möglichkeit weiterer gewerkschaftlicher Arbeit, alle Kräfte einzusetzen.

Die Lage der Krankenversicherung.

Immer mehr zieht die anhaltende Wirtschaftskrise auch die Träger unserer sozialen Versicherungseinrichtungen in Mitleidenchaft. Verringerte Einnahmen auf der einen Seite, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau, stehen Ausgaben gegenüber, die bei weitem nicht in gleichem Maße gesunken sind. Auf die katastrophale Lage der Invalidenversicherung ist auch schon rechtlich hingewiesen worden. Dieser Versicherungsart nicht weniger als dem Zusammenbruch, wenn nicht durchgreifende Sanierungsmaßnahmen ergriffen werden. Reform-Vorschläge, natürlich wiederum auf Kosten der Versicherten, sind schon genügend gemacht worden.

Interessant für sämtliche Versicherte ist die Frage, ob und wie sich der wichtigste Zweig, die Krankenversicherung, in dieser Zeit behaupten wird. Die Frage ist umso dringlicher, als durch die Krankenversicherung nicht weniger als rund zwei Drittel unserer gesamten Bevölkerung sich versichern. Hierzu kommen noch Hunderttausende, die als Metzger, Apotheker, Masseure und als sonstige Vertragskontrahenten auf Gebeih und Verberd mit der Krankenversicherung verbunden sind. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die Krankenkassen noch nie so schwere Zeiten durchzumachen gehabt haben, wie augenblicklich. Von den Regierungen ist versucht worden, eingzugreifen. Als gesamtstaatlichen Eingriff kann man den durch die Verordnung vom Dezember 1931 verordneten Leistungsabbau betrachten. Hierdurch sind generell bei allen Krankenkassen die Leistungen auf die sogenannten Regelleistungen herabgesetzt worden. Die Wiedereinführung von Mehrleistungen ist so erschwert worden, daß sie praktisch unmöglich gemacht worden ist. Gleichzeitig hat die Verordnung Bestimmungen gebracht, durch die die Beitragslast bei den Krankenkassen herabgesetzt werden sollen. Diese Maßnahmen haben nicht nur die gesamte Krankenversicherung um Jahrzehnte zurückgeworfen, sie haben darüber hinaus das Selbstbestimmungsrecht der Krankenkassen arg eingeschränkt, ja fast überhaupt illusorisch gemacht. In der klaren Erkenntnis der Tatsache, daß die Kosten für ärztliche Behandlung von Jahr zu Jahr steigen sind und in letzter Zeit direkt exponentielle Zahlen erreicht haben, hat man auch hier Wandel zu schaffen versucht. Die Regelung der gesamten ärztlichen Versorgung der Kassennmitglieder und damit auch die Honorierung der Kassenzurückflüsse ist auf Druck und Veranlassung der Regierung auf eine andere Grundlage gestellt worden. Die Kassen erhofften durch diese Neuordnung nicht geringe Ersparnisse. Jetzt, nachdem das neue System seit einigen Monaten besteht, steht man, daß dies nicht der Fall ist. Die Krankenkassen sind gegenüber den letzten Jahren überhaupt nicht oder doch nur zu einem ganz geringen Teil gesunken. Erwähnt sei, daß die Kosten für Krankenausspflage ganz erheblich gestiegen sind und auch noch weiter in die Höhe klettert. Alle Versuche, hier einen Riegel vorzuschleichen und ein weiteres Ansteigen zu verhindern, sind bislang gescheitert. Es kann nicht zeltig und deutlich genug auf diese gefährvolle Lage der Krankenversicherung hingewiesen werden. Auf jeden Fall muß vermieden werden, daß die Krankenversicherung erst so weit mit ihrer Finanzlage herunterkommt, wie die Invalidenversicherung.

Um dies zu verhindern, hat der „Hauptverband deutscher Krankenkassen“ am 9. Mai eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet. Der Hauptverband ist mit nicht weniger als rund 12 Millionen Versicherte die größte Krankenkassenorganisation. In seiner Eingabe heißt es u. a. m.: „Die Finanzlage der Krankenkassen wird immer bedrohlicher. Die Einnahmen sind im Jahre 1931 um 25%, die Ausgaben aber nur um 20% zurückgegangen, so daß die meisten Kassen mit einem erheblichen Defizit

Gelesene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

und mit dem Verlust ihrer Rücklagen das Geschäftsjahr 1932 begonnen haben. Seitdem sind die Beitragsentnahmen bei vielen Kassen so stark gesunken, daß mit einer Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann. Wäre nicht die Inanspruchnahme der Krankenkassen durch die Versicherten stark zurückgegangen, so hätten viele Kassen bereits zum Erliegen kommen müssen. Der Gesamtverband des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat sich daher für verpflichtet, die an der Krankenversicherung beteiligten Vereinigungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie die Reichsregierung auf die bedrohliche Lage der Krankenversicherung hinzuweisen. Nachdes Handeln ist notwendig, um den Bestand der Krankenversicherung zu erhalten.“

Die Eingabe bekräftigt dann ihre Angaben und damit die schlechte Lage der Kassen durch eine Reihe von Zahlen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Beitragsentnahme im Jahre 1932 noch weiter gesunken ist. Erfreulicherweise ist der Krankenstand augenblicklich sehr gering. Trotzdem ist es den Kassen nicht möglich, es wird dies auch in den Sommermonaten nicht der Fall sein, die Lebensfälle zu erzielen, die die Krankenkassen unbedingt benötigen, um über die Wintermonate hinwegzukommen. Weiter werden Vorschläge gemacht, um die Lage der Kassen zu verbessern. Als selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß ein weiterer Leistungsabbau nicht möglich ist. Eine Erhöhung des Beitragsabbaus kommt bei der angepaßten Wirtschaftslage ebenfalls — von Ausnahmen abgesehen — nicht in Frage. — Heranziehung der freiwilligen Mitglieder zu höheren Beitragsleistungen, die die durchsichtliche Beitragsentnahme von diesen Versicherten nicht einmal die Kosten der Krankenpflege deckt. Diese Verwaltungsmaßnahme wird zur Zeit bei den meisten Krankenkassen durchgeführt, soweit es nicht schon vorher geschehen ist. Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Zahl der Lohnstufen, die bei den meisten Kassen sehr beträgt, bis auf fünf zu verringern. Auch hier handelt es sich um eine stärkere Belastung der geringer entlohnenden Versicherten.“

Es muß zweifelhaft erscheinen, ob diese Maßnahmen allein genügen, die erlebte Nöte zu bringen. Darüber hinaus werden durch sie auch wieder allein die Versicherten betroffen. Der Vorschlag richtet sich gerade gegen die geringer entlohnenden Versicherten, die man zu einer prozentualen höheren Beitragsleistung zwingen will als die besser entlohnenden Versicherten. Weiter sollen die freiwilligen Mitglieder, die heute meist in den niedrigsten Klassen versichert sind, verstärkt zur Beitragsleistung herangezogen werden. Hat man bei diesem Vorschlag ganz übersehen, daß es sich hierbei meist um die Vermissten der Armeen (ausgesteuerte Arbeitslose, Rentner usw.) handelt? Sollen diese doppelt getroffen werden und können und auch noch erhöhte Krankenkassenbeiträge zahlen dürfen? Auch wird die Meinung, daß der Krankenversicherung geschehen werden muß, die Vorschläge des Hauptverbandes erscheinen uns jedoch wenig gangbar.

Unsere Stellung zum Grundbesitz.

Die Frage, ob und in welchem Maße der Grundbesitz in der Zukunft zu veräußern ist, hat in der Reichsregierung und dem Kabinett Brüning Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, die schließlich zum Bruch führten. Die Bedeutung des Grundbesitzes dürfte damit gekennzeichnet sein. Die Bauarbeiter werden von dem mit der Siedlungsbewegung zusammenhängenden Fragen noch mehr berührt, als jede andere Berufsständ. Auch dem Bauarbeiter kann es nicht gleichgültig sein, wie der Grund und Boden verteilt und bewirtschaftet wird. Menge und Güte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestimmen in starkem Maße die Lebenshaltung des Volkes. Das Siedeln hat aber für den Bauarbeiter noch eine ganz besondere wichtige Seite; es gilt Wohnraum zu schaffen für den Siedler und seine Familie. Landwirtschaftliches Siedeln erfordert auch zahlreiche Wirtschaftsgebäude. Werden Neusiedlungen größeren Umfangs erbaut, so sind auch Gebäude für öffentliche und gewerbliche Zwecke zu errichten. Jahrzehntlang hat niemand daran gedacht, den Bauarbeitern ihr Arbeitsgebiet freitig zu machen. Heute jedoch sieht es nicht an zu tun, die diese Ordnung der Dinge in ihr Gesamtgefüge verketten möchten. Da überdies solches zu einer Zeit geschieht, in der das Bauergewerbe von einer neu gekannten Arbeitslosigkeit betroffen ist, so ist die Siedlungsfrage für die Bauarbeiter ein Teil ihrer Schicksalsfrage.

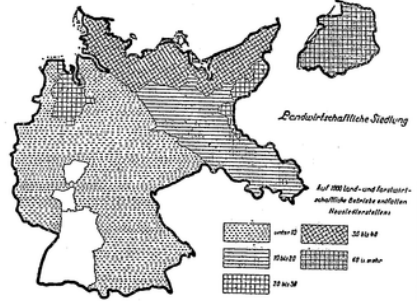
Landwirtschaftliche Siedlung.

Siedlungsstätigkeit ist nichts Neues. Innerhalb unserer Landesgrenzen ist fortlaufend, wenn auch ungleich stark, gescheit worden. Zu Ende des vergangenen Jahrhunderts war zeitweilig ein Stillstand eingetreten. Die im Westen des Reiches aufstrebende Industrie zog fast den gesamten Geburtenüberschuß der Ostprovinzen an sich. Die politische und wirtschaftliche Rechtslosigkeit der Landarbeiter half ihr zur Zeit nach. Die Ausmaße der Ost-West-Wanderung waren derart stark, daß sich schon die Regierung der Weltkriegszeit genötigt sah, die Siedlung zu fördern. In der Nachkriegszeit hat besonders Preußen planmäßig gesiedelt. Von 1919 bis 1931 wurden in Preußen insgesamt 49 000 Siedlerstellen mit einer Gesamtfläche von 500 000 Hektar neu gegründet.

Die Wirtschaftskrise hat nun in den Industriegebieten Millionen von Arbeitern freigesetzt. Niemand bestreitet die bedauerliche Tatsache, daß es unmöglich sein wird, in absehbarer Zeit die Erwerbslosen wieder reiblos in den Produktionsprozeß einzuschalten. Dem bedenklichen Mißstand in den Industriegebieten steht ein nicht geringerer im Osten des Reiches gegenüber. Der deutsche Osten ist, gemessen an seinem Raum, unterbevölkert. Die ständige Großlandwirtschaft braucht seither immer auch fremdländische Arbeitskräfte in nicht unerheblicher Anzahl. Ein Raum ohne Volk, in dem die deutschen Osten schafft oder verliert, ist nicht zuletzt auch Kriegsgefahr. Der Ost-West-Wanderung der letzten Jahrzehnte soll deshalb eine West-Ost-Wanderung folgen. Die Voraussetzungen sind gegeben. Zahlreiche Großbetriebe der städtischen Landwirtschaft sind derart verschuldet, daß sie von ihren Besitzern nicht mehr zu halten sind. Wieder die preissteigernde Wirkung der schiefen Sozialpolitik hat die „Hilfs“-Millionen des Reiches haben die Betriebe zu reifen vermocht.

In wenigen Wochen läuft das „Sicherungsverfahren“ ab und rund 500 000 Hektar Kulturland werden frei. Das freierwerbende Land für Siedlungsziele bereitzustellen, war der Wille der Regierung Brüning.

Die durch die Verwirklichung dieses Planes dem Baugewerbe zufallende Arbeit wäre nicht unbeträchtlich. Schätzte es sich doch darum, 35 000 selbständige — und 23 000 nebenberufliche Siedlungen zu schaffen. Zwar sollte die



Größe der Siedlungsbauherren herabgesetzt werden und die Ausführung einfacher sein als die Häuser, die in den letzten Jahren erbaut wurden; jedoch wären bei Verwirklichung der Pläne der Brüning-Regierung in einem einzigen Jahr mehr Siedlungsbauherren zu erbauen gewesen, als in den letzten 10 Jahren insgesamt. Die in den Siedlungsgebieten wohnenden Bauarbeiter hätten kaum diese Arbeit allein ausführen können; aus benachbarten Gebieten hätten baugewerbliche Arbeiterkräfte zuwandern können. Wenn Brüning's Nachfolger überhaupt noch Siedlungen im Osten durchführen läßt, dann wird das — das darf man vorweg sagen, ohne ihre Pläne zu kennen — in viel geringerem Ausmaß als beabsichtigt geschehen.

Vorstädtische Kleinsiedlung. Die vorstädtische Kleinsiedlung soll Erwerbslose aus schlechten Verhältnissen der Großstädte in kleine Eigenheime mit etwa 1 bis 2 Morgen Land an den Rand der Städte verpflanzen. Dieser Siedler bleibt auf Arbeitsgelegenheit in der Großstadt angewiesen. In Zeiten guter

Arbeit sogar völlig allein. Die Träger der Siedlungen, besonders die Städte, haben für Bau- und Baunebenarbeiten auch „Mitt-Arbeiter“ eingesetzt und damit dem freien Arbeitsmarkt wesentlich geschadet. Nur in den seltensten Fällen sind tariflich entlohnte Arbeitskräfte beschäftigt worden.

Freiwilliger Arbeitsdienst. Es wird sehr viel davon abhängen, wie der zweite Bauabschnitt durchgeführt werden soll. Die Erfahrungen der Siedlungsträger haben ergeben, daß es nur einer Heranzüchtung des Reichsdarlehens um etwa 300 M je Siedlerstelle bedarf, um die Arbeit im freien Arbeitsverhältnis zu lassen. Der Vorteil würde in einer wesentlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und in einer Verbesserung der Sanier und sein Mitarbeiter scheinen aber auch fernerhin andere Wege gehen zu wollen. Sowohl bei der vorstädtischen Kleinsiedlung als auch bei der landwirtschaftlichen Siedlung soll der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt werden. Unsere Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst haben wir in Nr. 22 des „Grundstein“ dargelegt. Die Unwirtschaftlichkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes weisen wir in dem nachfolgenden Aufsatz dieser Ausgabe des „Grundstein“ nach. Wir ergänzen diese Ausführungen durch Erfahrungen aus Süddeutschland. Dort betragen, einschließlich aller Nebenkosten, die Kosten des freiwilligen Arbeitsdienstes 3,13 M je Arbeitsstunde. Dafür arbeiten die Arbeitsdienstwilligen täglich 6 Stunden, die übrige Zeit wird Unterricht erteilt. Auf die Arbeitsstunde umgerechnet kostet der Arbeitsdienstwillige 62 J. Der Tiefbauarbeiterlohn — um Tiefbauarbeit handelt es sich — beträgt tariflich aber nur 52 J je Stunde. Was die verantwortlichen Stellen trotzdem noch für eine Verbreiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes einreden, so ist zu sagen, daß das ländliche Siedlungsweien vielleicht überhaupt zum Stillstand kommt. Sollte sich aber die neue Regierung wenigstens für eine teilweiser Fortsetzung stark machen, so wird wegen der vorgezeichneten Jahreszeit dem Baugewerbe für das Jahr 1932 kaum noch größere Arbeitsgelegenheit zufallen. Die vorstädtische Kleinsiedlung hat in ihrem ersten Bauabschnitt dem Baugewerbe keine Entlastung gebracht. Obst es nach den Plänen der leitenden Männer in dieser Sache, so wird sich der zweite Abschnitt eher noch schlechter statt besser auswirken.

Wie denkt die neue Regierung dem so hoffnungslos am Boden liegenden Baugewerbe zu helfen? Pläne haben wir genug. Wir fordern Latenz!



Konjunktur soll der Garten des Siedler Aufnahmehaltung gewähren, in Zeiten der Erwerbslosigkeit soll er von den Wirkungen der Krise, wenigstens teilweise, geschützt sein. Aus Mitteln der Hauszinssteuer sind zunächst für 6 Monate jeweils 8 Millionen Mark abgetrennt worden. Mit den 48 Millionen Mark wurde der erste Bauabschnitt finanziert und 15 500 Siedlerstellen genehmigt.

Die Abwicklung läßt erkennen, daß insbesondere Industriegebiete bebaut worden sind. Das rheinisch-westfälische, das rhein-mainische und das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiete haben sich aus der Darstellung deutlich ab. Vergleich man beide Darstellungen, so ergibt sich, daß der Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Siedlung in den Ostprovinzen liegt, die aber von der vorstädtischen Kleinsiedlung kaum berührt werden. Der Anfall an Arbeitsgelegenheit für das freie Baugewerbe aus dem ersten Bauabschnitt war sehr minimal. Die Gründe sind in den Richtlinien des Reichskommissars zu finden. Nach ihnen soll jeder Siedler bei der Herstellung des Hauses selbst Hand anlegen. Außerdem sollen sich die Siedler gegenseitig helfen. Auch die Mithilfe von Verwandten und Freunden ist vorgegeben. Selbst- und Nachbarhilfe leisten eine großen Teil der Bauarbeit; in einzelnen Fällen machen sie die

Freiwilliger Arbeitsdienst oder freie Arbeit? Es ist auffällig, daß die Befürworter des freiwilligen Arbeitsdienstes übermäßig den Krisen entkommen, die sonst eine auszuführende Arbeit ausschließlich von ihrer absoluten Wirtschaftlichkeit abhängig machen. Für sie ist der freiwillige Arbeitsdienst ein geistlich sanktioniertes Mittel zur Verhinderung des kollektiven Arbeitsvertrages. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wird sehr deutlich, wenn sie in ihrer Nummer vom 19. Mai 1932 schreibt — daß sich im freiwilligen Arbeitsdienst an Stelle bürokratischer Bevormundung die individuelle Selbsthilfe sehen will, mithin ein System, in das das Arbeitsrecht, wie Tariflohn und Schlichtungswesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsgericht und noch vieles andere nicht hineinspassen.

Daß sich junge Arbeitslose offenbar zurecht zum freiwilligen Arbeitsdienst drängen, ist noch kein Beweis für seine Notwendigkeit. Menschen, die Hunger haben, handeln selten vernunftgemäß. Die Befürworter des freiwilligen Arbeitsdienstes, die den Hunger als Bundesgenossen gewählt haben, spielen daher eine mehr als klägliche Rolle. Oder wollen die Befürworter etwa behaupten, weil 13,4 Millionen Deutsche am 10. April Hunger gemüht haben,

sei der Nationalsozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben worden?

Gegen die vermehrte Beschäftigung von Jugendlichen hat niemand, der ihre Not kennt, etwas einzuwenden. Von den sechs Millionen Arbeitslosen in Deutschland sind sechs Millionen Jugendliche. Von ihnen lebt die weitaus überwiegende Zahl im elterlichen Haushalt. Wie wäre es, wenn man die jahrelang erwerbslosen Väter der jugendlichen Erwerbslosen mehr als bisher bei der Arbeitsvermittlung berücksichtigt? Wird nicht, wenn man den Ernährer der Familie in Arbeit und Verdienst bringt, die Notlage der jugendlichen Familienmitglieder gemindert?

Es erscheint merkwürdig, daß die amtlichen Veröffentlichungen über fertigestellte „Maßnahmen“ im freiwilligen Arbeitsdienst geflissentlich an der Frage vorbeigehen, in welchem Verhältnis die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu den Leistungen des Arbeitsdienstes stehen.

Unmittelbare Kosten des Arbeitsdienstes. Im Heft 10/32 des „Reichsarbeitsblattes“ berichtet Oberregierungsrat Dr. v. Funke über „Ein halbes Jahr freiwilliger Arbeitsdienst“ u. a. aber 147 bis Ende Februar 1932 beendete Arbeiten. Die an sich sehr interessanten Untersuchungen beruhen jedoch mit keinem Wort die äußerlich wichtige Frage nach dem finanziellen Ergebnis von Aufwand und Nutzen. Die einwandfreie Beantwortung dieser Frage ist aber entscheidend. Wir behaupten, daß der größte Teil der Arbeitsdienstprojekte, bei Ausführung im freien Arbeitsverhältnis mit geringeren Mitteln hergestellbar werden kann, als im freiwilligen Arbeitsdienst. Notwendig ist hierbei, daß für die geleisteten Arbeiten die tatsächlichen Gesamtkosten ermittelt werden.

Dabei ergeben sich als direkte Kosten folgende: Das Reich und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung zahlen in der Regel je Tag und Arbeitsdienstwilligen 2 M Zuschuß. Die tägliche Arbeitszeit bei Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst beträgt etwa sechs Stunden gegenüber acht im freien Arbeitsverhältnis, was einer Minderleistung von 25 % und entsprechend längere Fortzahlung des Förderungszuschusses für die Zeit der Hin- und Rückfahrt Berechnung mit einem Drittel angenommen, gegenüber den Arbeitern im freien Arbeitsverhältnis. Der dem Träger des Arbeitsdienstes gewährte Förderungsbetrag von 2 M je Tag und Arbeitsdienstwilligen reicht aber höchstens aus für Verpflegung, Taschengeld und Unterkunft. Weitere Kosten entstehen dem Träger des Arbeitsdienstes durch den Kauf von Arbeitsgerät, zulässige Arbeitskleidung, Werbung, Aufsicht, Büro, Fahrtkosten für Hin- und Rücktransport, Lebensnahme der Sozialbeiträge, insbesondere der Unfallversicherung. Außerdem entstehen dem Reich und der Reichsanstalt (Hauptstelle, Landesarbeits- und Arbeitsämter) Kosten aus der Bearbeitung der Projekte, der ständigen Kontrolle und der Weiterzahlung der Unterfertigung über die Aussteuerung hinaus; ferner die Kosten der Aufschrift in das Reichsschuldbuch zur Erleichterung der Siedlung in Höhe von 1,50 M je Tag und Arbeitsdienstwilliger.

Mittelbare Kosten des Arbeitsdienstes. Im indirekten Kosten entstehen, weil die Tätigkeit im Arbeitsdienst kein geschlechtes Arbeitsverhältnis begründet, Ausfälle an Steuern von Unternehmern und Arbeitern, sowie an Sozialversicherungsbeiträgen. Weitere Kosten entstehen dadurch, daß die Reichsanstalt oder das Reich den Förderungsbetrag von 2 M täglich bis zu 20 Wochen weiterzahlen muß, während der Arbeitslose bei Nichtbeschäftigung im Arbeitsdienst schon früher aus der Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung ausgetrennt wäre.

Umwirtschaftlicher Arbeitsdienst. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse stellen wir nun die Kosten einer einfachen Erdbewegung zur Aufschließung von Siedlungsgelände im freiwilligen Arbeitsdienst den Kosten der gleichen Arbeit im freien Arbeitsverhältnis gegenüber. Der Tiefbauarbeiter-Tarifstundenlohn betrage 60 J. In vielen Lohngebieten liegt er zwischen 40 und 50 J. Der Tagesverdienst beträgt also je Arbeiter 8 x 60 J = 4,80 M. Der Unternehmerzuschlag macht mit 35 % 1,68 M. Ergibt einen Gesamtbetrag von 6,48 M. Die normale Tagesleistung eines Tiefbauarbeiters betrage 4 cbm. (Die Leistung ist je nach der Beschaffenheit der zu bewegenden Erde verschieden.) Mithin betragen die Kosten für Lohn und Unternehmerzuschlag für 1 cbm Erdbewegung 6,48 : 4 = 1,62 M.

Wie hoch aber die Kosten für dieselbe Menge bewegten Bodens im freiwilligen Arbeitsdienst sind, zeigt die **Leistungsrechnung eines Arbeitsdienstwilligen.** Sechs Stunden Arbeitsdienst gegenüber acht Stunden im freien Arbeitsverhältnis ergeben — wie oben dargelegt — eine Minderleistung von 25 %. Die Minderleistung im Arbeitspensum selbst beträgt ein Drittel, also rund 35 %. Das ergibt insgesamt eine Minderleistung von 60 %. Während also der freie Arbeiter je Tag 4 cbm Erde bewegt, benötigt der Arbeitsdienstwillige hierfür, da er nur eine 40prozentige Leistung aufzuweisen hat, 2 1/2 Tage, bewältigt mithin je Tag nur 1,6 cbm Erde.

Das finanzielle Ergebnis ist dies: 4 cbm Erdbewegung kosten im freien Arbeitsverhältnis (Lohn plus 35 % Unternehmerzuschlag) 4 x 1,62 M = 6,48 M. Über 4 cbm Erdbewegung im Arbeitsdienst erfordern an öffentlichen Zuschüssen für 2 1/2 Arbeitstage à 2 M schon 5 M. Dieser Zuschuß reicht aber für einen Arbeitsdienstwilligen höchstens 2 1/2 Tage für Verpflegung, Taschengeld und Unterkunft. Hinzu kommen noch die obengenannten Kosten für Hin- und Rückfahrt; ferner die Sozialversicherungsbeiträge, insbesondere die für Unfallversicherung, die wir je Tag und Arbeiter mit 30 J anlegen, für 2 1/2 Tage also 1,25 M. Außerdem die ebenfalls obengenannten Kosten die der Reichsanstalt und dem Reich entstehen, die wir je Tag und Arbeiter mit 40 J, für 2 1/2 Tage also mit 1 M anlegen. Und schließlich kommen noch die Kosten der Aufschrift für den Arbeitsdienstwilligen zur Erleichterung der Siedlung, die für 2 1/2 Tage einen Betrag von 3,75 M entsprechen, so daß sich für 4 cbm Erdbewegung ein Kostenbetrag von 11 M ergibt, während sie sich beim freien Arbeitsverhältnis auf 6,48 M belaufen; also 4,62 M weniger betragen.

Bei unserer Berechnung sind wir von einer einjährigen Erdbewegung ausgegangen. Das Verhältnis der Leistungen zwischen Arbeitsdienstwilligen und freien Arbeitern ist aber bei allen Arbeiten daselbe, ganz gleich ob es sich um Erd-

bewegung-, Drainage-, Meliorations- oder sonstige Arbeiten handelt. Handelt es sich aber um Spezialarbeiten, dann ist es für die Arbeitsdienflingigen noch ungünstiger.

Die folgende Berechnung beruht auf Schätzung, dürfte jedoch der Wirklichkeit entsprechen. 30 000 Arbeiter werden 20 Wochen im freien Arbeitsverhältnis beschäftigt. Nach dem oben errechneten Arbeitsverdienst (60 3 Stundenlohn = 4,80 M je Tag oder 28,80 M wöchentlich) ergibt sich eine Lohnsumme von 30 000 x 28,80 M x 20 Wochen = 17 280 000 M. Die Steuern und Sozialbeiträge von Unternehmern und Arbeitern zusammen mit 25 % der Lohnsumme angenommen, ergeben für die Steuer- und die Sozialversicherungsträger eine Einnahme von 4 320 000 M. Dieser Betrag reicht aus, um 7500 Arbeiter auf weitere 20 Wochen zum obigen Lohn zu beschäftigen. In Steuern und Sozialbeiträgen würden die 7500 Arbeiter und die Unternehmer in 20 Arbeitswochen weitere 1 080 000 M aufbringen. Diese Summe wiederum würde ausreichen, um 1875 Arbeiter auf weitere 20 Wochen zum Tariflohn zu beschäftigen. Das Ergebnis wäre also, daß 30 000 + 7500 + 1875 = 38 375 Arbeiter im freien Arbeitsverhältnis beschäftigt werden könnten, wenn man auf den „freiwilligen“ Arbeitsdienst verzichtet.

Deshalb Einfluß der Arbeitslosen nicht im Arbeitsdienst, sondern in freier produktiver Arbeit! Arbeitsdienst bedeutet nicht Befreiung, sondern Verlängerung und Verschärfung der Krise.

Vier Pfennig Studententlohn!

Einen kleinen Vorgesmack vom „Dritten Reich“ bekommen die Arbeiter des Kalkwerks Oker, Adolph Willikens A.-G., bei Goslar. Das Werk gehört zum großen Teil dem Gebrüder Willikens, Adolph Willikens, der Leiter des Werks, ist Vorkämpfer der Ortsgruppe der FWO, und bei jedem Hitler-Klamauk an der Spitze. Sein Bruder ist der national-, sozialistische Reichstagsabgeordnete Willikens.

Der Braun-schweigische „Volksfreund“ veröffentlicht die photographische Wiedergabe der Lohnliste eines Jungarbeiters aus diesem Kalkwerk. Sie sieht so aus:

Formular for wage calculation from Kalkwerk Oker. Includes fields for name, date, and various wage components like 'Steuern', 'Erdl.-Vers.', 'Kr.-Kasse', 'Arb.-Vers.', and 'Abzüge'. A circular logo with a swastika is visible on the right side of the form.

Bei dieser „Summe“ wirkt es wie bittere Ironie, wenn in der linken Ecke die Bemerkung „Sofort nachzahlen!“ steht. In der rechten oberen Ecke aber klebt eine rote, hakenkreuzgezeichnete Stempelmarke mit der Aufschrift „Wählt Hitler! Bei 48-stündiger Wochenarbeitszeit bekommt also bei diesen „Sozialisten“ ein Jungarbeiter 1,18 M wöchentlichen Nettoflohn, für den er sich kaum zwei Brote kaufen kann. Dann soll er auch noch Stoff kaufen! Man möchte meinen, daß dabei selbst dem verstandesstärksten Hakenkreuzkrieger ein Licht aufgeht. Aber die Herren „Arbeitergeber“ müssen ja wissen, was sie alles ihren „Arbeitslosen“ zuzumuten dürfen. Dafür wird der Reichstagsabgeordnete Willikens, der wohl wie seine anderen Fraktionsgenossen feinerseits auf die Diäten zugunsten der Arbeitslosen „verzichtet“ hat, um so eifriger die Interessen der Arbeiter vertreten — mit dem Mund!

Deutsche Gesellschaft für Soziale Reform.

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Reform hatte für den 7. Juni eine durch Götze erweiterte Ausschüttung nach Berlin einberufen. Die Tagung wies einen guten Verlauf auf. Der Vorsitzende gedachte der Toten des Jahres, die Mitglieder des Ausschusses waren: Paul Umbreit, Lujo Brentano und Prof. Berkner; sowie des verstorbenen Albert Thomas. — In seiner Eröffnungsansprache legte der Vorsitzende ein offenes Bekenntnis zur Sozialpolitik ab, an dessen Spitze der Satz stand: „Ein moderner Staat ist ohne Sozialpolitik nicht denkbar.“ Der Arbeit Stegerwalds gedenkend sprach der Vorsitzende die Hoffnung aus, daß der jetzige Reichsarbeitsminister Dr. Götze, der ja auch Mitglied der Gesellschaft sei, den hohen Wert der Sozialpolitik zu schätzen und zu fördern wolle. Die Frage über die Sozialpolitik sei beeindruckt von den Fragen der Tragfähigkeit der Wirtschaft. Wie stark sich gerade die Unfähigkeit der Wirtschaft auch im volkswirtschaftlichen Denken auswirke, gehe schon daraus hervor, daß ein so überzeugter Individualist wie Werner Combar heute für die Volkswirtschaft eintrete.

Regierungsrat Maxmann sprach über „Erweiterung des Lebensraumes der deutschen Jugend durch Siedlung“. Der Vortrag brachte fast nichts, was nicht schon bekannt gewesen wäre; die Schlussfolgerungen wiesen aber zwingend auf die Notwendigkeit einer verstärkten

Ein Schicksalstag der Welt.

„Ein Schicksalstag der Welt“ nennt die Wiener „Arbeiterzeitung“ den deutschen Wahltag, den 31. Juli: „Die alten, im November 1918 entthronten Herrenklassen, die Generale, die Junker und die Schwerindustriellen, haben sich der Rebellion des Kleinbürgerturns bedient, um den deutschen Parlamentarismus zu zerschlagen. Jetzt, da dieses nächste Ziel erreicht ist, haben sie die Regierungsgewalt an sich gerissen. Der Aufstieg der Nazis hat nicht den rebellischen Plebejer zur Macht geführt, sondern die alte Aristokratie des Blutes und des Goldes. Nicht den deutschen Arbeiter, sondern die preussischen Generale. Nicht einen „nationalen Sozialismus“, sondern das reinisch-westfälische Großkapital. Nicht eine deutsche „Volksgemeinschaft“, sondern die alte wilhelminische Adelschicht.“

Die Stunde der großen Enttäuschung wird für die Millionen Deutschen, die Hitler folgen, kommen. Sie werden erleben, daß sie nicht für einen „nationalen Sozialismus“ gekämpft haben, sondern für die alte Adels- und Kapitalistenherrschaft, nicht für die Utopie eines „Dritten Reiches“, sondern für die brutale Wirklichkeit der Wiederkehr des zweiten. Noch einmal ist das Schicksal des deutschen Volkes in seine Hände gelegt. Vielleicht zum letztenmal für Jahrzehnte. Mögen sich die deutschen Arbeiter, Bauern und Bürger der schicksalsschweren Größe ihrer Entscheidung, ihrer Verantwortung vor ihren Kindern, ihrer Verantwortung vor allen Völkern der Erde bewußt sein!

Der 31. Juli wird das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmen.

Stiehlung im deutschen. Offen hin. Was aber werden soll, nachdem das Kabinett der Barone den Siedlungsplan der Regierung Brüning zerlegt hat, konnte der Vortragsabend auch nicht sagen. Dr. Link, Präsident des Arbeitsamts Nordmark, sprach über „Notfälle für die erwerbslose Jugend“. Die Aufzählung aller Hilfsmittel, die amtlich und beruflich interessierte Stellen, darunter in starkem Maße auch die freien Gewerkschaften für die Arbeitslosen geliefert haben, zeigen, daß der Wille zur Linderung der Jugendnot überall vorhanden ist. Der Vortragsabend trat für die Fortführung und den Ausbau dieser Mittel, die Wirtschaft zu heilen, jedoch könne besonders der Jugend geholfen werden. Den freiwilligen Arbeitsdienst will Dr. Link nicht zur Konkurrenz des freien Arbeitsmarktes werden lassen, hält aber auch ihn für ein ausgezeichnetes Hilfsmittel zur Befreiung der Not der Jugend.

Nachdem noch Prof. Dr. Friedrich Karlsruher „Die berufspädagogische Aufgabe der Gegenwart“ gesprochen hatte, setzte eine lebhaftige Aussprache ein, Kollegen Masche vom IWO, vertrat den Standpunkt der freien Gewerkschaften. Die Verlegung der natürlichen Grenzen, die dem freiwilligen Arbeitsdienst gezogen sind, und die Befahren, die von ihm ausgehen, wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Zeiterstellungsergebnis vom 23. Mai 1932.

Table with 5 columns: Bezirkverband, Beschäftigte im Bau-gewerkschaften, Mittelfrieder-zeit im Bau-gewerkschaften, Arbeitslose (Anzahl, %), Die Woche vorher (%). Rows include Königsberg, Danzig, Steffin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Posen, Dresden, Rürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, and a summary row for 'Zusammen' and 'Vorige Woche'.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geperft sind die Arbeiter des Unternehmers Schauer, Niederbissau (Lübeck). Baustelle Osthof-Bischofsheid bei Reinfeld wegen unverhelfener Lohnabwärtung und die Arbeiter der Firma Wiedersich in Norden wegen Tarifbruchs. In Wulfer ist das Baugeschäft Johannes Sievers wegen Nichtzahlung des Tariflohnes geperft. In Simmenau (Baugewerkschaft Kreuzburg) sind die Siedlungsbauteile des Unternehmers Thomas Skalek wegen Verweigerung des Tariflohnes geperft.

Löhner: Geperft sind in Crimmitschau die Firma Heizinger, in Hohenstein-Ernstthal Cogen Wolf. In Meißen befinden sich die Ofenformer im Abwehrstreik.

Kreuzburg. Trotz der sehr heruntergedrückten Löhne verstehen es die Unternehmer in unserer Gegend immer wieder sehr gut, die Notlage der Bauarbeiter stark auszunutzen. Fast überall zwingt man Kollegen unter Tarif zu arbeiten, wenn sie nicht von vornherein auf jede Arbeit verzichten wollen. In den Ortschaften Simmenau und Seichwitz werden durch Aufstellung großer Zeltzies

oberflächlicher Junker keine Siedlerstellen errichtet. Das gibt eine gute Baustelle. Die Firma Thomas Skalek in Kreuzburg hat sich bei der Ausführung der Arbeiten den Gemeinwohl erobert. Freilich nur durch schamlose Unterbietung aller übrigen Unternehmer. Unseren Kollegen bietet sie in Simmenau trotz des niedrigen Spitzlohnes von 88 - 3 für Maurer einen Höchstlohn von 44 - 3! Wochentag haben sie es ertragen, haben außerdem allwöchentlich einen Revers zur Abgeltung ihrer Forderung unterschrieben. Nachdem die von unserer Bezirksleitung geführten Verhandlungen mit dem Unternehmer erfolglos verlaufen sind, haben nun die Kollegen auf der Baustelle Simmenau der Zuforderung der Bezirksleitung Folge geleistet und die Baustelle stillgelegt. Wir bitten, die Baustelle vor jedem Jung zu bewahren.

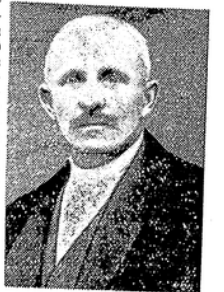
Potsdam. Unsere Abwehrbewegung ist mit Erfolg beendet worden. Vor dem von der Baugewerkschaft Zwangsinnung angerufenen Schlichtungsausschuß kam keine Einigung zustande. Der Schlichtungsausschuß entschied, daß der Schiedspruch des Sondergerichts für den Lokstreik im Baugewerbe für Berlin auch Potsdam und Rommels einfließt; infolgedessen für einen neuen Schiedspruch ein Raum sei. Daraufhin wurde vereinbart, daß auch in den Bezugsgebieten Potsdam und Rommels die Köhne nach den Sätzen in Groß-Berlin geholt werden. — Alle Streikenden wurden wieder eingestellt.

Aus den Baugewerkschaften

Brandenburg a. d. S. Eine von unserer Baugewerkschaft einberufene öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit den Brandenburger Stadtratswahlen. Ganz Deutschland staunt über die Siedlungsfähigkeit des Brandenburger Stadtrats. Diese Art des Siedlungsbaues wird weniger um der Arbeitslosen willen betrieben, sondern vielmehr als Sprungbrücke benutzt, von dem einige Herren den großen Sprung in höhere Gefilde wagen wollen. Stadtrath Dr. Erbs, der diese Siedlungsbestrebungen in der Hand hat und durch Broschüren und Rundfunk Propaganda dafür macht, war ebenfalls eingeladen. Er erschien aber nicht und entschuldigte sich damit, daß er am gleichen Tage eine Besprechung mit Siedlern hätte. Unser Geschäftsführer, Kollege Wilhelm Schüßler, nahm diese Siedlungsbestrebungen kritisch unter die Lupe und kennzeichnete die merkwürdige Art dieser Selbsthilfe, durch die nicht nur den Bauarbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten genommen, sondern auch öffentliche Gelder verstreut werden, indem fachunkundige Leute baugewerbliche Facharbeiten ausführen sollen. Da es ihnen aber nicht ganz gelang, nahmen sich die Siedler zwei bis drei Maurer, boten ihnen für die ganze Arbeit 150 bis 200 M, wofür diese auch die Häuser schiffelert fertig stellten. In jedem dieser Häuser steden etwa 16 000 Steine. Den Stundenlohn, den die Maurer bei der obengenannten Summe verdienen, kann sich jeder selbst errechnen. In mehreren Verhandlungen mit dem Stadtrath wurden forderten deshalb unsere Baugewerkschaft und der Zimmererverband, daß die baugewerblichen Arbeitskräfte zu tariflichen Bedingungen beschäftigt werden. Den Siedlern, die zum größten Teil selbst gewerkschaftlich organisiert sind, ist es aber nicht möglich, den rechtmäßigen Tariflohn zu zahlen, weil die ihnen zur Verfügung stehende Summe zu niedrig ist. Die Stadt müßte für jede Siedlerstelle noch 300 M beschaffen; dann ließen sich die Häuser im ordnungsmäßigen Arbeitsverhältnis herstellen. Über alle Verhandlungen schweigen. Deshalb wurde der Weg in die Öffentlichkeit begangen. Um zu verhindern, daß sich weiterhin Kollegen unter Tariflohn bei diesen Siedlern zu organisieren beschließen, daß auch bei diesen Siedlern nur zu tariflichen Bedingungen gearbeitet werden soll. Diese Maßnahme soll keine Spitze gegen die Siedler sein, es geht uns darum, auch den an diesen Bauten Beschäftigten den Tariflohn zu sichern. Die Stadt müßte die Siedler in die Lage setzen, diese unsere gerechtfertigsten Forderungen nachzukommen. — In der Aussprache wurde noch erwähnt, daß auf den Siedlerbaustellen die Unfallversicherungsrichtlinien nicht eingehalten werden. Es wäre an der Zeit, daß sich die Baupolizei dort einmal umsieht. Auch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes wandte sich gegen diese Art von „Hausaufsichtigung“ und trat ein für ein ordentliches Arbeitsverhältnis.

Schab. Weifragtskaja Jübiar. Unser Kollege Karl Kaiser aus Jübiar wird nunmehr seit

mehr als 25 Jahren als Weifragtskajiler im Dienste unseres Bundes. Straßen ein und aus, Trepp auf und ab laufen war allwöchentlich die Tätigkeit unseres alten Kameraden nach Beendigung der Arbeitszeit. Regelmäßig setzte sich unser Karl auf sein zweiräderiges Reitpferd und suchte die Kollegen auf, um ihnen für den arbeitsfreien Sonntag den „Grundstein“ zu bringen. Manchmal, in den Anfangsjahren, kam es vor, daß ihn die Frauen der Kollegen lieber gehen sahen als kommen, wenn das Weifragtskajigeld ausgerechnet und der Verband dabei vergessen worden war. Einige humorvolle Worte hatte unser Karl immer auf Lager und so erwarb er Sympathie für die große Gade. Nicht Müdigkeit und Verdrossenheit zur Organisation übermächtigen unseren treuen Mitarbeiter. Über der Tod lieber Frau zwang ihn, die Funktion jungen Kollegen zu überlassen. Nun ist unser Karl 62 Jahre alt. Fast die Hälfte seines Lebens hat er für unsere Organisation gearbeitet. Ingegend! Womt es nach! Selbst freudig mit arbeiten in der Gewerkschaft. — Unserem Karl sagen wir herzlich Dank. Möge er noch recht lange in unseren Reihen bleiben.



Schweinfurt. (Ein Jübiar.) Am 1. Juni blühte unser Kollege Urban Engelhardt auf eine fünfundsünfzigjährige Tätigkeit als Ingenieur zurück. Schon als berufstätiger Kollege hat Engelhardt in unermüdlicher Arbeit, durchdrungen von gewerkschaftlichem Bewußt, viel für die Bauarbeiterbewegung getan. Am 1. Juni 1907 wählten ihn die Kollegen des Zentralverbandes der Maurer in Würzburg zu

